

erschint zwei wöchentlich mit den illustrierten Beilagen...

Verlagort: Dresden

Kunstpapier: Die gelbste Beilage No. 4. Familienanzeigen...

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung...

Der 18. Januar

Am 18. Januar 1871 hat im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles die Proklamation des durch Bismarcks Staatskunst geschaffenen neuen deutschen Kaiserreiches stattgefunden.

Wenn ein Tag der Reichsgründung gefeiert werden soll, dann kommt dafür in erster Linie Weihnachten in Frage, denn ein Weihnachtsfest war es, an dem Karl der Große im Jahre 800 die Krone des Römischen Kaiserthums empfing.

So ist uns der 18. Januar nur ein Tag historischer Erinnerung, die wir ehren, aber kein Festtag. Vor 1914 wurde der 18. Januar von dem Geburtstag des Kaisers überstrahlt, heute fordern wir den gleichen Vorrang für den Tag der Verfassung.

Wenn schließlich der 18. Januar zum Anlaß genommen wird, um den alten Streit aufzufrischen, ob Republik oder Monarchie die bessere Staatsform sei, so

Gegenläufe auf der Länderkonferenz

Der Streit der Meinungen über die Reichsreform — Referate von Bazille, Seld und Braun

Berlin, 17. Januar.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder hat gestern lediglich den ersten Punkt der Tagesordnung: „Veränderung im Verhältnis zwischen Reich und Ländern“ behandelt.

Bürgermeister Dr. Petersen (Hamburg)

Der nach der Eröffnungssprache des Reichshanzlers das Wort ergriff, betonte, daß das Deutsche Reich im internationalen Verkehr bereits heute ein Einheitsstaat sei. Der Dualismus von Reich und Ländern birge große außenpolitische Gefahren.

Ministerpräsident Bazille (Württemberg)

Die scharfe Kritik an dem durch die Weimarer Verfassung geschaffenen System. Das Reich müsse die Aufgaben, die es ihrer inneren Natur nach selbst tragen müsse, vor allem die Soziallasten auf die Länder und Gemeinden ab.

Ministerpräsident Braun (Preußen)

Die überhöhten Anforderungen der Weimarer Verfassung müsse auf ein gesundes Maß zurückgeführt werden. Dazu sei notwendig, daß die Reichszuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung eingeschränkt werde.

preussischer Staatspräsident und der Reichshanzler gleichzeitig preussischer Ministerpräsident sein. Dazu bedürfe das Reich einer Abänderung des parlamentarischen Systems.

Als Grundlage für einen dauerhaften Finanzfrieden schlug Bazille vor, den Ländern die Finanzhoheit über die wichtigsten direkten Steuern zurückzugeben.

Bazille schloß: Die Bevölkerung der süddeutschen Staaten ist dem Reichsoberhaupt treu ergeben, aber sie will nach ihren eigenen Gewohnheiten leben. Die in den Einzelstaaten vereinigte Bevölkerung fühlt sich als eine Einheit und selbständige Staatspersönlichkeit.

Ministerpräsident Seld (Bayern)

Die sich zunächst mit den Grundsätzen auseinandersetzte, die für die Durchführung des Einheitsstaates vorgebracht werden und bezeichnete diese Grundsätze als nicht stichhaltig.

Als Mindestprogramm der Länder bezeichnete Seld folgende Forderungen: 1. Eine Verkleinerung des Finanzausgleichs, der den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trage.

Ministerpräsident Braun (Preußen)

Die überhöhten Anforderungen der Weimarer Verfassung müsse auf ein gesundes Maß zurückgeführt werden. Dazu sei notwendig, daß die Reichszuständigkeit in Gesetzgebung und Verwaltung eingeschränkt werde.

möchten wir zunächst betonen, daß diese Erörterung in einem doppelten Sinne geführt werden kann. Entweder man vergleicht die Republik von 1919 mit der Monarchie von 1871, oder man vergleicht Republik und Monarchie im allgemeinen.

Entscheidend ist für uns die Tatsache, daß die republikanische Staatsform heute dem Willen der Mehrheit des deutschen Volkes entspricht.

Die Neuherung des Reichshanzlers auf der Reichstagung der Zentrumspartei in Berlin: „Das Zentrum ist eine Verfassungspartei.“ Die Stellung des Zentrums zur Frage der Staatsform ist nicht etwa durch die christliche Weltanschauung, die das Zentrum vertritt, zwangsläufig festgelegt.

Historische Erinnerungen sind sehr wertvoll, aber sie dürfen uns nicht den Blick trüben für die Gegenwart. Die Reichsgründung Bismarcks war ein glänzendes Ereignis der deutschen Geschichte, aber dieses Ereignis gehört unwiderruflich der Vergangenheit an.